

## ***KPÖ: Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität. Partei der Debatte und der Aktion.***

Einstimmig beschlossen auf der 22. Landeskonferenz der KPÖ-Wien - 5. Dezember 2009.

### **Teil A: Zur sozialen Lage in Wien**

Wien ist eine schöne, eine lebens- und lebenswerte Stadt. Doch bedenkend welches Potential Wien aufgrund der Fähigkeiten und Fertigkeiten der hier lebenden Menschen hat, sehen wir eine große Kluft zwischen den Beteuerungen der SPÖ-Spitze, der Realität und den Möglichkeiten. Obwohl die SPÖ seit 1945 (abgesehen von 5 kurzen Jahren) in Wien mit absoluten Mehrheiten regiert, ist vieles kritikwürdig.

Nicht nur, dass öffentliche Mittel in Millionenhöhe (Debakel beim Prater-Vorplatz, Euro-Fanzone im Hanappi-Stadion, Skylink-Affäre) in fragwürdige Projekte gesteckt werden bzw. in „dunkle Kanäle“ versickern, ist kritikwürdig.

Kritikwürdig und beschämend ist, dass die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen sich in Wien von 2000 bis 2009 Jahren auf rund 100.000 verdoppelt hat.

Kritikwürdig ist, dass die Arbeitslosenzahlen steigen – auch in Wien. Im Juli dieses Jahres waren in Wien 69.204 Menschen (=8 Prozent) arbeitslos gemeldet. Zugleich besuchten weitere 19.636 Personen so genannte Weiterbildungskurse. Offene Stellen waren im Juli 2009 in Wien 5.924 gemeldet.

Kritikwürdig ist, dass die Tarife für den öffentlichen Verkehr, Bäder u.v.a.m. in den letzten Jahren explodiert sind. Der Gaspreis ist zeitweise gar um über 50 Prozent gestiegen.

### **Fakten zu Arbeit und Arbeitslosigkeit**

Wenn die SPÖ-Finanzstadträtin und Vizebürgermeisterin Renate Brauner trotz rund 90.000 arbeitssuchender Menschen, denen knapp 6.000 offene Stellen gegenüber stehen, erklärt, dass „gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ der Schlüssel zur Absicherung des Arbeitsplatzes Weiterbildung sei, so zeigt sich eindrucksvoll die Realitätsfremdheit sozialdemokratischer Politik.

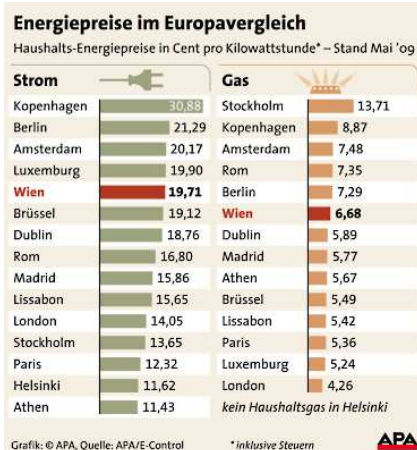
Am kräftigsten, so ist dem AMS-Bericht zu entnehmen, stieg die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen bis 24 Jahre, und zwar um 17,9 Prozent. Die Zahl der Lehrstellen suchenden Jugendlichen ist zugleich ebenfalls gestiegen: 2.877 Jugendliche suchen nach dem Ende des Schuljahres eine Lehrstelle. Dem stehen 398 offene Lehrplätze gegenüber.

Gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 2004, der in Wien bei 9,8 % lag, waren die Zahlen 2008 (7,8 %) zwar noch gut. Aber Faktum ist zugleich, dass Wien seit Jahren die höchste Arbeitslosenrate hat. Der Österreichschnitt lag im Jahr 2008 bei 5,8 Prozent.

Rund 790.000 unselbständig Beschäftigte gibt es zur Zeit in Wien. Davon sind rund 61.000 geringfügig Beschäftigte – der Anteil der Frauen daran liegt bei rund 60 Prozent. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Wien wächst schneller als im Bundesschnitt - der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Wien hat sich seit 1997 verdoppelt.

### **Fakten zur Gebührenlawine**

Faktum ist, dass die Abwasserentsorgung in Wien mit März 2006 um 28 % verteuert wurde, die Müllabfuhr um 19,5 %, die Energieabgabe um 37 Prozent. Und mit 1. Jänner 2009 stiegen Abwasser- und Müllabfuhrgebühr erneut um 5,6 Prozent.



Gas wurde in Wien seit 2006 um rund 50 Prozent teurer – nach Ende der Heizsaison 2008/2009 gab es dann eine 10%ige Preissenkung. Zwar hatte Bürgermeister Häupl noch im Mai 2008 eine weitere Erhöhung der Gas- und Strompreise ausgeschlossen - wenige Tage nach der Nationalratswahl war aber schon alles anders. Mit 15. November 2008 wurde in Wien Gas mit einem Schlag um unglaubliche 21 Prozent teurer. Da Wien Energie Teil der Wiener Stadtwerke Holding AG ist, die wiederum zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Wien ist, hätte die SPÖ-Rathausmehrheit – wie von der KPÖ gefordert – die Erhöhung auch einfach aussetzen können. Mit einem einfachen Gemeinderatsbeschluss hätte die SPÖ die Verteuerungen, die vor allem kleine und mittlere Einkommen schwerst belastet haben, verhindern können – doch Bürgermeister Häupl rührte keinen

Finger. Der Chef der E-Control, Walter Boltz, erklärte Anfang September dieses Jahres: „Es zeigt sich klar, dass die Gaspreise, die den Haushaltskunden verrechnet werden, im Durchschnitt um zehn bis 15 Prozent höher sind, als sie sein sollten“.

Auch beim Strompreis hat Wien-Energie kräftig zugelangt. Die Beteuerungen der SPÖ, dass diese Kostenbelastung für die Menschen in dieser Stadt aufgrund „betriebswirtschaftlicher Überlegungen“ notwendig wären, sind ein glatte Lüge. Dem Geschäftsbericht der Wiener Stadtwerke für das Jahr 2008 ist zu entnehmen, dass Wien Energie die Umsatzerlöse um 15,5 Prozent auf 2,258 Mrd. Euro steigern konnte. Der Jahresüberschuss lag bei 78 Millionen Euro. 2007 belief sich der Gewinn gar auf 87,6 Millionen Euro.

Am 19. Mai wurde publik: „Strom und Gas sind für Wiener Haushalte deutlich teurer als in vielen anderen EU-Hauptstädten. Dies geht aus dem neuen europäischen Haushalt-Energiepreisindex (HEPI) hervor, der von der österreichischen Regulierungsbehörde E-Control vorgestellt wurde.“ In Wien ist Strom der Erhebung zufolge am fünftheuersten: Der Preis liegt laut E-Control bei 19,71 Cent/Kilowattstunde (inklusive aller Steuern). Beim Gaspreis liegt Wien mit 6,68 Cent an sechststeuerster Stelle.

Ein Öffi-Einzelfahrschein für Bus, Bim oder U-Bahn wurde in nur 7 Jahren in Wien um 40 % teurer. Kostete ein Öffi-Einzelfahrschein vor 2002 noch 1,30 Euro, so kostet ein Einzelfahrschein seit Juli 2009 1,80 Euro. Und die Jahreskarte der Wiener Bäder wurde in den vergangenen Jahren um satte 29 Prozent erhöht.

### „Valorisierung“ der Gebühren

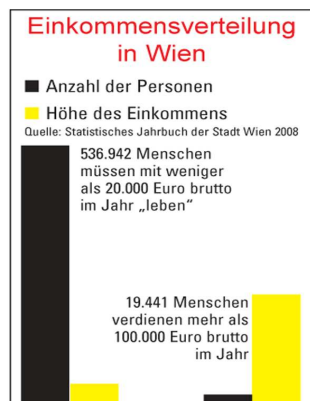
Im Oktober 2007 hat die SP-Rathausmehrheit das „Valorisierungsgesetz“ beschlossen. Dadurch werden die Tarife für Müll, Kanal, Wasser und Parken sowie die Marktgebühren jährlich und automatisch valorisiert, sprich verteuert. Ob eine Verteuerung der Tarife aufgrund wirtschaftlicher Entwicklungen notwendig ist, muss nicht mal mehr behauptet werden.

### Fakten zur Einkommenssituation in Wien

Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten betrug 2007 in Wien 19.769 Euro (bei Männern lag es bei 22.498 Euro, bei Frauen bei 16.826 Euro). Frauen verdienen – selbst bei gleichwertiger Arbeit – auch in Wien rund 25 % weniger als Männer. Und auch für die rund 75.000 Beschäftigten der Gemeinde gibt es keinen „gleichen Lohn und gleichwertige Arbeit“. Im Magistratsbereich der Gemeinde verdienen Frauen um 15 % weniger als Männer.

Eine OGM-Studie vom Mai dieses Jahr zur Entwicklung der realen Kaufkraft belegt, dass die Kluft zwischen und innerhalb von Bezirken wächst. Während im 1. Bezirk das Jahres-Netto-Einkommen pro

Kopf bei statistischen 33.571 Euro liegt, beträgt dies auf der Wieden „nur“ 18.863 Euro und in der Brigittenau gar nur 12.127 Euro.



Faktum ist, dass 2007 in Wien 328.078 Menschen – trotz Erwerbstätigkeit – laut amtlicher Statistik der Stadt Wien über ein Jahresbruttoeinkommen von maximal 20.000 Euro verfügen konnten. Rund 250.000 Menschen mussten gar mit maximal 15.000 Euro Jahresbrutto ihr Auslangen finden. Nach Zahlung der Sozialversicherungsabgaben, der Lohnsteuer und der monatlichen Fixkosten ist damit das frei verfügbare Monatseinkommen quasi gleich null. Und rund 150.000 PensionistInnen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, müssen ebenfalls mit rund 15.000 Euro brutto im Jahr auskommen, die Durchschnittspension liegt bei 938 Euro.

Apropos Spitzenverdiener: Ebenfalls laut statistischem Jahrbuch der Stadt Wien können sich rund 17.371 Personen in Wien über ein Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro und mehr erfreuen.

Noch drastischer die Daten für PensionistInnen: 2.070 PensionistInnen (davon 1.644 Männer) können sich über ein Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro und mehr erfreuen.

Faktum ist, dass 2003 laut Zahlen des zuständigen Ministeriums – basierend auf Daten der Statistik Austria - rund 15 Prozent der Bevölkerung in Wien als „armutsgefährdet“ betrachtet werden konnte – womit Wien deutlich über dem Österreich-Durchschnitt (13 %) liegt.

Für rund 100.000 SozialhilfeempfängerInnen in Wien gilt: Alleinstehende SozialhilfebezieherInnen erhalten im SPÖ regierten Wien maximal 724 Euro pro Monat - bestehend aus 427 Euro Sozialhilfe, plus maximal 256 Euro Mietbeihilfe, plus 41 Euro Heizbeihilfe. Der Ausgleichszulagenrichtsatz liegt aber aktuell bei umgerechnet 772 Euro (14x pro Jahr), die offizielle Armutsgrenze lag schon 2007 laut Zahlen der Armutskonferenz bei 912 Euro.

Wien ist - dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen nach - eine der reichsten Regionen der EU. Doch gegen die wachsende Ungleichverteilung des Reichtums hat die SPÖ kein Rezept.

Laut einer Erhebung des Immobilienportals FindMyHome.at betragen die Mieten am privaten Wohnungsmarkt in Wien im Falle einer Neuvermietung bereits 11,90 Euro pro Quadratmeter. Die Tendenz ist weiter steigend. Eine 60 Quadratmeter große Wohnung kostet demnach schon 714 Euro im Monat, für 80 Quadratmetern müssen 952 Euro pro Monat bezahlt werden. Durchschnittsverdiener müssen bereits 40 Prozent und mehr von ihrem Einkommen bloß für die Miete ausgeben.

Die Zahl der Privatinsolvenzen hat sich in Wien seit 2005 mehr als verdoppelt – und seit dem Jahr 2000 fast versechsfacht.

### **SPÖ-Propaganda und die soziale Realität**

Im Dezember 2008 erklärte Bürgermeister Häupl bei einem Pressegespräch dem staunenden Publikum laut Rathauskorrespondenz: Derzeit gibt es in Wien „quasi Vollbeschäftigung“. Wer eine Arbeitslosenrate von über 7 Prozent als „quasi Vollbeschäftigung“ definiert, hat sich den Vorwurf der Realitätsverweigerung gefallen zu lassen.

Zu den Verteuerungen bei Kanal- und Müllgebühren um rund 6 Prozent und zur Erhöhung der Mieten im Gemeindebau um 5,7 Prozent sagte Häupl wenig später: „Wir sind hier sehr genau und sehr behutsam vorgegangen“.

Wenn Bürgermeister Häupl trotz all dieser erschreckenden und beschämenden Zahlen davon spricht, dass die SPÖ dafür einstehe, dass „sich auch in Zukunft niemand Sorge um seine materielle Zukunft machen muss“, so ist dies eine schallende Ohrfeige für all jene, für die der tägliche Kampf um die Sicherung der Existenz und des Auskommens im Mittelpunkt ihres Lebens steht.

Selbst die maßgeblich aus Steuermitteln finanzierten Propaganda-Lawinen, die suggerieren wollen `Wien ist die Sozialhauptstadt Europas´ und der ständige Verweis auf die Resultate zweifelhafter Untersuchungen wie der Mercer-Studie, die zudem verkürzt dargebracht werden, können die Fakten nicht aus der Welt schaffen, welche auch durch neuere Untersuchungen bestätigt werden. Laut Untersuchung der Armutskonferenz vom Dezember 2008 (EU-SILC-Erhebung) sind in Wien 137.000 Menschen manifest arm, weitere 139.000 Personen sind als armutsgefährdet zu bezeichnen.

### Fakten zur sozialen Spaltung in Österreich

Faktum ist, dass in Österreich 1 % der Bevölkerung rund 33 % des gesamten Vermögens in Österreich besitzt. ÖVP und SPÖ verwehren sich aber gegen eine adäquate Besteuerung der Euro-Millionäre, derer es 2009 rund 62.000 in Österreich gibt, bzw. wollen diese auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.



Bei höheren Vermögenssteuern geht es weder um Sparbücher, noch um Bausparverträge oder Lebensversicherungen. Es geht um konkrete Maßnahmen und die Thematisierung jener Strukturen, die es Leuten wie Mateschitz, Wlaschek u.a. ermöglichen, unbegreiflichen Reichtum anzusammeln, der ohnedies nicht auf Sparbüchern und Bausparverträgen gebunkert ist. Es geht z.B. um die Aufhebung des Privatstiftungsgesetzes, 1993 vom sozialdemokratischen Finanzminister Lacina initiiert, welches Österreich zum Steuerparadies für Superreiche gemacht hat, während vom Zinsertrag eines Sparbuchs 25 % Kest automatisch abgezogen werden.

### FPÖ beschützt Superreiche

Wenn der Hetzer vom Dienst, HC-Strache, „Steuersenkungen statt neuen Steuerbelastungen“ fordert, dann zeigt sich eindrucksvoll auf wessen Seite Strache und die FPÖ stehen – die FPÖ positioniert sich damit als Bodyguard der Euro-Milliardäre Horten, Wlaschek, Mateschitz, Esterhazy, Stronach, Androsch, Meinel & Co.

Wenn die FPÖ, genauso wie Wirtschaftskammer-Präsident Leitl sich gegen die „Wiedereinführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer“ aussprechen – weil dies, so Leitl’s Behauptung, „würde nur die Masse der kleinen Vermögen und die Häuslbauer in einer ohnehin schon schwierigen Zeit zusätzlich belasten“, so zeigt dies, wie die Herrschenden mit allen Mitteln der Manipulation agieren. Denn die Zahlen sind ganz eindeutig: Bei der Erbschaftssteuer erzielte der Staat 2006 Einnahmen von rund 100 Millionen Euro. Rund ein Viertel der Einnahmen des Jahres 2006 stammt aus nur 27 Fällen! 95 Erbfälle lagen über 365.000 Euro und nur 4 Fälle lagen über einer Million Euro.

Doch die FPÖ-Position sollte nicht verwundern. Wer das Programm der FPÖ liest, wird erkennen, dass die FPÖ für die „Deregulierung der Wirtschaft“ eintritt, einen angeblich weit verbreiteten „Missbrauch der Wohlfahrtseinrichtungen“ anprangert, eine völlige „Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Lohnstrukturen“ fordert und sich für die Abschaffung verschiedener staatlicher Leistungen ausspricht. Auch auf diese Demagogie gilt es immer wieder hinzuweisen.

Laut „trend“ steigerten die 50 reichsten ÖsterreicherInnen ihr Vermögen von 2006 auf 2007 von 55,15 Milliarden Euro auf unglaubliche 91,95 Milliarden Euro. Möglich wird dies u.a. aufgrund zweier Entwicklungen: Seit Ende der 70er Jahre erfolgte keine Produktivitätsabgeltung bei den Löhnen, d.h.: Die Lohnquote ist daher von 72 % auf 56 Prozent im Jahr 2006 zurückgegangen, während gleichzeitig die Profitquote anstieg. Die Nettorealeinkommen je unselbständig Beschäftigten (also nach Abzug der Inflation) lagen im Jahr 2005 laut Lohnsteuerstatistik um 1,7% unter jenen des Jahres 1995. Obwohl das BIP, also die gesamte Wirtschaftsleistung, im gleichen Zeitraum um 19% gestiegen ist. Zugleich wurden und werden auch bei der Sekundärverteilung (bei der Steuer- und Transferpolitik des Staates) die Vermögenden begünstigt - die Superreichen müssen kaum mehr Steuern zahlen, denn Österreich ist mit 1,3 % bei vermögensbezogenen Steuern Schlusslicht im OECD-Raum. In Großbritannien müssen Superreiche 11,9 Prozent an vermögensbezogenen Steuern zahlen, in den USA immerhin 11,3 Prozent. Vermögenssteuern für Reiche und Superreiche in Höhe des OECD-Durchschnitts würden 5 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskassen spülen - womit dann viele, viele sinnvolle Maßnahmen für die Bevölkerung finanzierbar wären. Aber dies wollen weder SPÖ, ÖVP noch FPÖ und BZÖ hören.

### **Mehr Privat, weniger Staat - der neoliberale Umbau am Beispiel Wien**

Jahrelang predigten die Apologeten der angeblich freien Marktwirtschaft, die nur als Hirngespinnst existiert, „mehr Privat, weniger Staat“. Geht´s der Wirtschaft gut, so verkündete selbst eine Werbekampagne, geht´s uns allen gut. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik wollten die Resultate ihrer Politik, die so gar nicht mit den Beteuerungen übereinstimmen, nicht zur Kenntnis nehmen. Ganz in diesem Sinne sollte alles und jedes privatisiert werden.

Schon 2003 haben wir festgehalten: „Ob Energieversorgung, Wohnungen, Spitäler, Kinderbetreuung, soziale Dienste, oder die Umstrukturierungen im Sozialressort - erste Schritte in Richtung Privatisierung wurden auch in Wien gesetzt. Der Unterschied zwischen der politischen Praxis der SPÖ in Wien und der schwarzblauen Koalition auf Bundesebene besteht im Tempo, im Ausmaß – nicht jedoch in grundsätzlich unterschiedlichen Haltungen.“

Die SPÖ hat – ganz im Sinne des neoliberalen Mainstreams – schon vor Jahren alle wichtigen Bereiche der kommunalen Versorgung und Dienstleistungen ausgegliedert. Im Falle der Wiener Stadtwerke wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, andere Bereiche (Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen, der "Fonds Soziales Wien") wurden in Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde Wien ausgegliedert.

Für alle ausgegliederten Bereiche der Gemeinde Wien galt und gilt das von den Verantwortlichen vorgegebene Ziel: Rein betriebswirtschaftlich orientiertes Denken, Reduzierung der Kosten und der Subventionen über das Budget, Erhöhung der Tarife, Abbau von Leistungen, erhöhter Druck auf Beschäftigte bzw. Abbau von Dienstposten, schlechtere Bezahlung. Die Versorgungsunsicherheit steigt, die öffentliche Versorgungspflicht wird eingeschränkt oder entfällt, sobald ein Versorgungsauftrag von Privaten übernommen wird – wie auch viele internationale Beispiele belegen.

Durch Liberalisierung, Privatisierung und Ausverkauf öffentlichen und kommunalen Eigentums hat sich der Staat, haben sich Länder und Gemeinden viel an potentiellen Einflussmöglichkeiten genommen. Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit, die zwar immer dem sozialpartnerschaftlichen rot-schwarzen Proporz unterworfen waren, wurden geopfert, dem Lohndumping in den betroffenen Bereichen wurde Tür und Tor geöffnet.

Ebenfalls schon 2003 hat die KPÖ die Praxis des Cross-Border-Leasing („Über Grenzen hinweg vermieten/verpachten“) kritisiert und abgelehnt. Dabei wurden z.B. kommunale Einrichtungen an US-amerikanische Firmen auf Jahrzehnte verleast und gleich wieder zurückgeleast. Angeblich ging es um den Steuervorteil, der dadurch für die US-amerikanischen Firmen entsteht, und welcher teilweise als „Barwert-Vorteil“ an die österreichischen Firmen weitergegeben wurde.

Der CBL-Experte Rügemer erklärte kürzlich im „Format“: „In Wahrheit ging es um ein Kreditkarussell, mit dem sich Banken einen zinsenlosen Kredit über Jahrzehnte verschaffen, der durch den österreichischen Steuerzahler besichert ist.“ Das gesamte Risiko für Ausfälle, Downratings und Wertminderung der Veranlagung lag und liegt jedenfalls bei den österreichischen Verleasern. In Wien wurden unter anderem U-Bahn-Garnituren und Einrichtungen und Teile des Wiener Kanalnetzes verleast. Mittlerweile hat die Gemeinde Wien teilweise „die Notbremse“ gezogen – aus etlichen Verträgen ist man vorzeitig ausgestiegen, was jedoch Kosten verursacht hat. Ob eine vorzeitige „Vertragsauflösung“ überhaupt möglich ist und zu welchen Kosten, wissen nur einige wenige Insider und jene Anwälte, die als Einfädler und Abwickler gut verdient haben. Die Verträge, die sehr umfangreich sind, unterliegen strengster Geheimhaltung – selbst Wiener Gemeinderatsmitglieder bekamen die Verträge bisher nicht zu Gesicht. Wie auch immer – nicht nur weil die CBL-Geschäfte für Wien eine Gefahr darstellen, lehnten und lehnen wir diese Geschäfte ab. Das „Ausnutzen der Steuervorteile“ ging zu Lasten des Großteils der US-BürgerInnen. Doch es gab natürlich auch Gewinner – ein Ex-Vorstand der LinzAG sagt: „Banken und Arrangeure (der Deals) haben sich dumm und dämlich verdient.“

### **Die Budgetpolitik der SPÖ-Wien**

Im Mai des heurigen Jahres, beim Rechnungsabschluss für 2008, rühmte sich die SPÖ-Stadtverwaltung wieder einmal der „punktgenauen Erreichung der Maastricht-Ziele“. Bei einem Einnahmen- und Ausgabenrahmen von 11,08 Mrd. Euro wurde ein „Maastricht-Überschuss“ von 259 Millionen Euro erzielt. Dies ist aber nicht neu. Die Wiener Budget- und Finanzpolitik steht seit Jahren unter der Prämisse, dem Nulldefizit-Fetischismus der EU voll und ganz zu entsprechen.

Dabei steht Wien ohnedies gut da. Liegt auf Bundesebene die Pro-Kopf-Verschuldung bei rund 25.000 Euro, so beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung in Wien unter 1.000 Euro. Hatte Wien 2001 noch Schulden im Umfang von 2,08 Mrd. Euro, so belaufen sich die Schulden mittlerweile (2008) nur mehr auf 1,46 Mrd. Euro.

Unser Budget, so Brauner, „orientiert sich an den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener - ob durch Qualifizierungsmaßnahmen oder Schulungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, durch den konsequenten Ausbau der Bildungs- und Forschungsstadt Wien, die Schaffung des Gratis-Kindergartens oder die Absicherung unseres Gesundheits- und Sozialsystems: Wien packt dort an, wo es die Menschen brauchen“.

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass die SPÖ auch beim Budget trickst und schwindelt. Ja, es sind 2008 mehr Mittel als je zuvor in das Bildungssystem und die Kinderbetreuung geflossen. Gegenüber 2007 betrug die Steigerungsrate aber nur knappe 8 Prozent - während hingegen im Bereich Wirtschaftsförderung eine Budgeterhöhung um 11,42% ausgewiesen wurde.

„Die massiven Anstrengungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik werden auf hohem Niveau fortgesetzt. Für 2008 werden dafür 56 Mio. Euro zur Verfügung stehen“, verkündete Brauner weiters. 56 Millionen - hohes Niveau? Wer die Zahlen studiert, erkennt, dass die Mittel für Arbeitsmarktförderung seit Jahren stagnieren, obwohl seit 1994, dem Beginn der Ära Häupl, die Zahl der Arbeitslosen in Wien kräftig gestiegen ist und Wien österreichweit die höchste Arbeitslosenrate aufweist. Wer die Budgetzahlen studiert, erkennt auch, dass im Sozialbudget der Zuwachs ebenfalls nur knappe 8 % beträgt. Und staunend kann man/frau auch feststellen, dass Parkgaragen 2008 von der Gemeinde mit 42 Mio. Euro gefördert wurden.

Im Gesundheitsbereich waren im Budgetvoranschlag 2008 Ausgaben von 1,563 Mrd. Euro budgetiert - ein Zuwachs von rund 13%. Dem gegenüber steht der Budgetposten „Nachfragewirksame Ausgaben“ welcher mit 3,824 Milliarden Euro dotiert ist. Innerhalb dieses Bereich werden 1,576 Mrd. Euro auf das Bau- und Baunebengewerbe veranschlagt. Ob und inwiefern durch diese öffentlichen Investitionen die Konjunktur angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden, ist schwer zu

überprüfen. Anzunehmen ist aber, dass vor allem Leute wie Haselsteiner, Porr & Co sich über fette Geschäfte freuen können.

„Die Bezirke werden ausgehungert“ - so der einhellige Tenor der Kritik am Budget der Stadt Wien. Die Zahlen untermauern den Vorwurf. Vom Gesamtbudget der Gemeinde fließen in die 23 Bezirke gerade einmal lächerliche 153 Millionen Euro. In den letzten 20 Jahren sind die Bezirksbudgets nie valorisiert worden - aber es sind viele neue Aufgaben für die Bezirke hinzugekommen. Hat die Stadt früher z.B. 90% der Schulsanierungskosten übernommen, so zahlt die Stadt heute nur noch 40% der Kosten. Eine der Folgen: 20 von 23 Bezirken sind inzwischen verschuldet.

## **Teil B: Die politische Situation in Wien**

In Wien sind – traditionsgemäß – die wahlpolitischen Möglichkeiten für SPÖ und Grüne besser als im Bundesschnitt. Seit Jahrzehnten wird die Gemeinde Wien von der größten und mächtigsten sozialdemokratischen Parteiorganisation Europas nicht nur verwaltet, sondern fest im Griff gehalten. Mit Zuckerbrot und Peitsche - mittels politisch motivierter Förderungspolitik bei gleichzeitiger Ausgrenzung grundsätzlich oppositioneller Tendenzen – wird regiert. SPÖ-Chef Häupl kann sich zudem (noch) auf das Wohlwollen der Kronen-Zeitung wie auch auf den ORF-Wien verlassen – statt kritischer Berichterstattung funktioniert der ORF auch in Wien als „Verlautbarungsmedium“ der regierenden Partei.

Der kommende Wahlkampf in Wien, davon ist auszugehen, wird im Zeichen von Fremdenhass und Rassismus stehen, denn die FPÖ bedient sich skrupellos des Antisemitismus und Fremdenhasses. Zunehmend gibt es auch Grenzüberschreitungen in Richtung neofaschistischer Wiederbetätigung. Jede Stimme für die FPÖ bedeutet eine Stärkung der Politik der Menschenverachtung und der Ausgrenzung.

Doch das „Duell um Wien“, welches Strache verkündet, existiert nur in der Einbildung der FPÖ. Einen Bürgermeister Strache wird es nicht geben. Einerseits wird die FPÖ ganz sicherlich nicht stimmenstärkste Partei in Wien, andererseits haben alle Mitbewerber eine Koalition mit der Strache-FPÖ bereits dezidiert ausgeschlossen.

### **Das „Ausländer-Problem“ der FPÖ**

Zwar fordert die FPÖ immer wieder von Ausländern „sich zu integrieren“ - werden aber sinnvolle Integrationsmaßnahmen gesetzt, so werden diese abgelehnt. Der Gratiskindergarten für alle Kinder in Wien wurde und wird von der FPÖ abgelehnt. Wer aber Kindern, egal über welche Staatsbürgerschaft sie formal verfügen, aufgrund eines Stück Papiers Integration und Bildung verweigert, dokumentiert eindrucksvoll, dass für ihn grundlegende Menschenrechte keine Bedeutung haben.

Ähnlich heuchlerisch agiert die FPÖ bzgl. der Jugendpolitik. Zwar werden - vor allem in Wahlkämpfen - eifrig Discos besucht, Lokalrunden bezahlt und Autogramme auf Dekoltees verewigt, zugleich fordert die FP im Sinne ihrer Law-&-Order-Parolen vehement „Schnupperhaft“ für jugendliche Straftäter. Und im Wiener Gemeinderat wird schon mal die Forderung nach Einführung von Schuluniformen erhoben. Die Lüge wird verbreitet, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen „verdreckten Grünanlagen“, „verschmutzten Stiegenhäusern“ und einer bestimmten Religionszugehörigkeit gebe. Über die Dreckproduktion deutscher Schäferhunde wird nicht gesprochen. Verschwiegen wird, dass an erster Stelle der Zuwanderung die EU-Binnenmigration steht - zwei Drittel aller NeuzuwandererInnen sind zudem sehr qualifiziert (FacharbeiterInnen, Maturaniveau oder Hochschulabschluss).

Die FPÖ behauptet, dass in Wien Staatsbürgerschaft und Gemeindewohnungen „Muslimen“ und „anderen Ausländern“ hinterher geworfen würden. Die offiziellen Zahlen der Statistik Austria, die auch die FPÖ kennen kann, zeigen die Wahrheit: Die Zahl der Einbürgerungen ist in Wien von 13.394 im Jahr 2001 auf 3.782 (davon ist rund 1/3 in Wien geboren) im Jahr 2008 zurück gegangen. Was den Erhalt einer Gemeindewohnung betrifft, gibt es zudem klare Regeln. Religionszugehörigkeit - egal zu welcher - bzw. Nicht-Religionszugehörigkeit ist kein Kriterium für den Erhalt einer Gemeindewohnung.

### **Hetze mit Methode und historische Parallelen**

Die Methode der rechten Hetzer ist alt und bekannt, wenn gleich die Methode vom NS-Schreckensregime perfektioniert wurde: Wähle eine Minderheit aus und präsentiere diese als Ursache alles Übels.

„Die Ausländer“ gibt es natürlich nicht. Genau so wenig wie es „die Österreicher“, „die Wiener“ oder „die Steirer“ gibt. Es gibt auch bei Ausländern - d.h. bei Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft - Männer und Frauen, es gibt Junge und Alte, Leise und Laute, Sanfte und Aggressive. Es gibt arme und reiche „Ausländer“, es gibt religiöse und nicht-religiöse Menschen uswuf. Was aber macht die FPÖ.

Zuerst werden alle in „einen Topf“ geworfen, obwohl rassistische Gesetze „Ausländer“ ohnedies bereits mit gänzlich unterschiedlichen Rechten versehen haben. Zwischen Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die einen migrantischen Hintergrund haben, „Ausländern“ ohne Staatsbürgerschaft, die seit Jahren oder Jahrzehnten in Österreich arbeiten, wohnen und leben, EU- und EWR-„Ausländern“, Saisonarbeitern, die vollkommen rechtlos fast jeder Willkür ausgeliefert sind, Asylsuchenden, deren Verfahren läuft, und anerkannten Flüchtlingen gemäß der Genfer Konvention unterscheidet die FPÖ nicht, weil so Vorurteile besser bedient werden können.

So fordert Strache, dass „langzeitarbeitslose Ausländer“ nicht weiter vom Steuerzahler finanziert werden sollen. Was jedoch eine riesengroße Lüge ist. Denn beim Arbeitslosengeld handelt es sich nicht um einen Gnadenakt des Staates (Langzeitarbeitslose werden nicht vom Steuerzahler finanziert), sondern um eine Versicherungsleistung, um ein Recht all jener, die bei Erwerbsarbeit automatisch in den Topf einzahlen müssen (selbiges gilt bei der Pension).

„Zuwanderung schafft Armut“ wird von der FPÖ - wider besseren Wissens - behauptet. Fakt ist, dass auch so genannte „Ausländer“ Steuern zahlen. Mitbürger und Mitbürgerinnen mit migrantischem Hintergrund haben aber – wie verschiedene Studien zeigen – über Jahrzehnte mehr in die Sozialtöpfe eingezahlt als sie zurück bekommen haben.

Und auch gegenwärtig sprechen die Zahlen, wie Sozialminister Hundstorfer vor kurzem darlegte, eine eindeutige Sprache: „Ausländische Arbeitskräfte zahlen 4,2 Milliarden Euro (inkl. Arbeitgeberbeiträgen) in Sozialversicherungen ein, beziehen aber selbst nur 2,7 Mrd. In die Krankenkassen zahlen Nicht-ÖsterreicherInnen 820 Millionen Euro ein – sie nehmen aber nur Leistungen im Wert von 535 Millionen in Anspruch“. (Solidarität, Nr. 920/November 2009, Zeitschrift des ÖGB).

„Wird ein Ausländer kriminell, muss er ab in die Heimat“, so ein weiter „Sager“ von Strache. Im Sinne der Sippenhaft fordert die FPÖ auch die Abschiebung ganzer Familien, wenn auch nur ein einziges „schwarzes Schaf“ in der Familie straffällig geworden ist. Strache sollte zur Kenntnis nehmen, dass es Gesetze gibt, die klar und eindeutig regeln, was zu passieren hat, wenn jemanden eine Gesetzesübertretung vorgeworfen wird. Strache und die FPÖ fordern zugleich – und auch da kommen SPÖ und ÖVP der Hetze mit ihrer neuen Novelle zum Asyl- und Fremdenrechtsgesetz einmal mehr entgegen - , dass - noch bevor die Justiz ein endgültiges Urteil getroffen hat - Menschen ohne



Staatsbürgerschaft des Landes verwiesen werden. Dies widerspricht jedoch allen Standards eines Rechtsstaats.

Die FP behauptet, „die Ausländer“ mißbrauchen den Sozialstaat und nehmen „unseren Leuten“ Arbeitsplätze weg. In Inseraten fordert Strache gar die „Rückführung von Dauergastarbeitlosen“. Dies erinnert uns an das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920, in welchem es hieß: „Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Bürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremden Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.“

### **Die ÖVP ist für die soziale Schieflage maßgeblich mitverantwortlich!**

Die ÖVP spielt in Wien, wenn man von einzelnen ÖVP-Bezirksvorstehern in „bürgerlichen“ Bezirken absieht, eine in der Stadtpolitik sehr untergeordnete Rolle. Durch die Nominierung ihres bisherigen Landesobmanns Johannes Hahn zum EU-Kommissar ist ihr jetzt auch noch ihr Landesobmann und der für die kommende Wahl ursprünglich aufgebaute Spitzenkandidat abhanden gekommen, der als bisheriger Wissenschaftsminister mit Recht im Zentrum der Kritik der aktuellen Studentenbewegung an den Unis steht. Fakt bleibt aber, dass die ÖVP, die auf Bundesebene gemeinsam mit der SPÖ die Regierung stellt, für viele unsoziale Maßnahmen hauptverantwortlich ist, was wir in unserer politischen Kritik natürlich nicht ausblenden.

### **Wahlziel 2010: Die KPÖ-Wien stärker machen, KommunistInnen in die Bezirksräte**

2005, bei den letzten Bezirks- und Gemeinderatswahlen in Wien, gelang es uns, im zweiten und dritten Bezirk Mandate zu erringen. In anderen Bezirken haben wir Mandate teils sehr, sehr knapp verfehlt.

Die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen haben sich für uns seit 2005 nicht zum Bessern verändert. Die FPÖ gewinnt bei jeder Wahl massiv Stimmen, regierende Parteien bekommen trotz Krise weiterhin viel Vertrauen zugesprochen.

Ziel unserer Arbeit in der kommenden Periode muss es trotzdem sein, gestärkt aus den kommenden Wahlen hervor zu gehen, denn jede Stimme, die wir bei der Wahl dazu gewinnen können, ist ein Gewinn für konsequente Interessensverteidigung und gegen rassistische Pseudo-Lösungskonzepte.

Dass es bei der letzten Wahl in Linz – entgegen dem Trend auf Landesebene - gelungen ist, mit 1,65 Prozent nach 18 Jahren wieder in den Gemeinderat einzuziehen, zeigt aber, dass der Zugewinn von Stimmen möglich ist.

Wahlziel Nr. 1 ist die Aufbringung der rund 3.000 amtlich beglaubigten Unterschriften, die wir für eine flächendeckende Kandidatur benötigen. Das Erreichen dieses Wahlziels ist keine Selbstverständlichkeit. An dieser Aufgabe sind schon Parlamentsparteien gescheitert. Nur wenn wir uns auf die Unterschriftenaufbringung gut vorbereiten und nur bei vollem Einsatz vieler, vieler Mitglieder (auch beim Sammeln von Unterstützungserklärungen auf der Straße) wird es möglich sein, die Hürde der Unterschriften zu meistern.

Wahlziel Nr. 2 ist die Verteidigung der Bezirksratsmandate in der Leopoldstadt und auf der Landstraße.

Wahlziel Nr. 3 ist die Erringung von Bezirksratsmandaten in weiteren Bezirken.

Im Sinne dieser Aufgabenstellung waren wir bereits in der abgelaufenen Periode tätig, im Sinne dieser Aufgabenstellung haben wir die Landeskonferenz vorbereitet, in diesem Sinne werden wir im Wahlkampf tätig sein. D.h. z.B.: Wir werden Plakatstände in wichtigen Bezirken konzentrieren, wir werden – was die zentralen Möglichkeiten betrifft - öffentliche Aktivitäten in bestimmten Bezirken

konzentrieren, wir werden beim Einsatz der Finanzmittel von unseren politischen Überlegungen und Zielsetzungen ausgehen.

## **Die Alternativen der KPÖ**

Auch in den letzten Jahren wurde der neoliberale Umbau in Wien, der von der SPÖ administriert und vollzogen wird, fortgesetzt. Hinter der Fassade der im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen scheinbar gut verwalteten Stadt bröckelt es gewaltig. Hinter der Eventkultur und der PR-Maschinerie des Rathauses wächst die soziale Polarisierung.

Wer politisch tätig ist, darf sich nicht nur mit den „großen Fragen und Problemen“ wie Wirtschafts- und Klimakrise beschäftigen. Denn es sind die „kleinen Probleme“, welche „die großen Probleme“ für zehntausende, ja hunderttausende Menschen sind. „Kleine Probleme“ wie „werd ich mir, wenn ich arbeitslos werde, die Miete noch leisten können“, beschäftigen die Menschen – und allgemeine und konkrete Lösungsvorschläge dazu wollen die Menschen hören. Daher analysieren wir die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in Wien, um davon ausgehend konkret in Auseinandersetzungen eingreifen zu können. Und zugleich wissen wir, dass Kommunalpolitik, die Notwendigkeit von interessenpolitischem Engagement und unsere allgemein- und gesellschaftspolitischen Positionierungen in keinem Widerspruch zueinander stehen.

### **1.) Arbeitsplätze schaffen durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde einführen**

Mit Stand vom Frühjahr 2005 wies Österreich mit real 44,1 Wochenstunden nach Griechenland (44,3) die längste Arbeitszeit aller EU-Länder aus. 748.500 Beschäftigte leisten regelmäßig Überstunden. Derzeit findet eine „Arbeitszeitverkürzung“ nur in der Form statt, dass immer mehr Beschäftigte arbeitslos, teilzeitbeschäftigt oder in Kurzarbeit geschickt werden.

Seit 1987 stellt der ÖGB die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche. Heute wäre, bedingt durch enorme Produktivitätssteigerungen, schon eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden möglich. Ähnlich wie bei der Debatte um die Senkung der Lohnnebenkosten wird auch bei der Arbeitszeitdebatte von vielen „Experten“ gezielt ignoriert, dass weder zu hohe Lohnnebenkosten oder zu kurze Arbeitszeit (mit der Pensions-Gegenreform der schwarzblauen Regierung wurde die Lebensarbeitszeit faktisch um 5 Jahre verlängert) für den Wettbewerb entscheidend sind, sondern die Lohnstückkosten. Und diese sind in Österreich bedingt durch eine enorme Rationalisierung und auch von Unternehmerseite immer wieder gelobter „Zurückhaltung der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen“ seit Mitte der 90er Jahre um durchschnittlich 2,2 Prozent jährlich gesunken und liegen laut einer IHS-Untersuchung mittlerweile sogar unter dem Niveau von Polen und Ungarn.

Es geht zugleich darum, die soziale Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit für Frauen und Männer zu verbessern. Und es geht auch um eine Umverteilung und Neubewertung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Und zu fragen ist auch: welche Arbeit ist sinnvoll, wie sind gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten aufzuteilen, welche Technik brauchen wir, um Güter und Dienste für unseren Alltag herzustellen?

### **2.) Gleiche Rechte für alle, damit nicht einige wenige profitieren**

Von den rund 790.000 unselbständig Beschäftigten in Wien sind rund 140.000 laut gesetzlicher Definition „Ausländer“. – rund 43.000 kommen aus der EU, knapp 19.000 aus der Türkei.

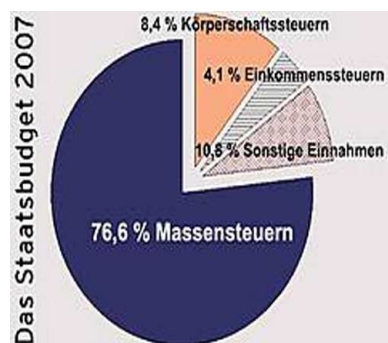
Die Bevölkerung in Wien ist multiethnisch und durch rassistische Gesetze und Mechanismen gespalten. Nicht-StaatsbürgerInnen verdienen deutlich weniger. Zugleich ist die Armutsgefährdung z.B. bei Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft 3-mal höher als bei Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Die Profiteure der rassistischen Gesetze sind einzig und allein

Unternehmen. Durch illegale Beschäftigung produzieren Unternehmen Lohndruck, der auf alle Bereiche der Wirtschaft wirkt. Daher fordern wir seit vielen Jahren gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen, die in Wien leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. D.h.: die KPÖ Wien setzt sich für ein allgemeines aktives und passives Wahlrecht für alle, die hier leben, ein.

Wir fordern weiterhin den Zugang zu Gemeindewohnungen. Die Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei der Bildung, den Rassismus bei Behörden und im Alltag werden wir weiterhin thematisieren – und wir werden auch in Zukunft Bündnisse und Aktionseinheiten mit all jenen eingehen, die dafür eintreten, dass MigrantInnen für sich selbst sprechen und sich selbst vertreten können. Und indem wir all dies tun weisen wir direkt und indirekt auf den Rassismus und die rechtsextremen Haltungen von Strache hin und nehmen auch unseren antifaschistischen Auftrag ernst.

### 3.) Massensteuern absenken – Steuern für Reiche und Konzerne erhöhen

Fast 50 Prozent der Staatseinnahmen kommen gegenwärtig aus der Mehrwertsteuer und Verbrauchs- und Verkehrssteuern, die alle Menschen, unabhängig vom Einkommen, gleich stark belasten. Die Alleinerzieherin zahlt prozentuell ebensoviel Mehrwertsteuer beim Billa-Einkauf wie der Spitzenmanager der OMV, der sich bei Meisl am Graben Hummer, Sekt und Kaviar genehmigt. Die Autobahn-Vignette ist für den Tischler-Lehrling gleich hoch wie für einen überbezahlten AUA-Manager. Und auch die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer oder die Energieabgabe trifft alle Menschen gleich – die Armutsgefährdeten ebenso wie die Spitzenverdiener.



Werden zu den „Massensteuern“ die Lohnsteuer-Einnahmen dazugezählt, werden rund  $\frac{3}{4}$  der gesamten Steuereinnahmen der Republik von der Masse der Klein- und MittelverdienerInnen erbracht.

Daher gilt es eine neue Verteilungslogik durchzusetzen. Eine Vielzahl von Umverteilungsvorschlägen – von der Tobin Tax auf spekulative Kapitalbewegungen, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe – d.h. die Bemessung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung und zur Kommunalabgabe soll von der gesamten Wertschöpfung der Unternehmen berechnet werden -, Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Abschaffung der Privilegien der Privatstiftungen u.v.a.m. - liegt am Tisch. Soziales, Gesundheit, Bildung und Pensionen sind finanzierbar.

In Wien selbst könnte über die Einführung spezieller Steuern und Abgaben für Reiche und Superreiche (Stichwort „Breitner-Steuer“, mit welcher in der Ersten Republik der kommunale Wohnbau finanziert wurde) unmittelbar und direkt im Sinne des Abbaus sozialer Ungleichheit interveniert werden.

### 4.) Was alle brauchen, soll auch allen gehören. Kommunales Eigentum bewahren – kommunale Dienstleister stärken. Elemente einer Grundversorgung einführen

Klar ist, dass wir für den Erhalt der Reste des öffentlichen Eigentums eintreten, da nur so politische Interventionen im Sinne der Bürger und Bürgerinnen möglich sind.

Gratis-Öffis sind realisierbar und nicht nur eine große finanzielle Erleichterung für Menschen ohne dicke Geldbörse. Gratis-Öffis würden ein noch stärkeres Umsteigen vom Auto auf die Öffis bewirken. Das wäre ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt dazu Österreich vor drohenden Strafzahlungen wegen Überschreitung der Klimaschutzziele zu bewahren. Eine kostenlose Energiegrundsicherung (jeder Haushalt erhält ein kostenloses Kontingent an Energie, der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch wird progressiv besteuert, würde ebenso

ökologischen Zusatznutzen bringen) wäre von Wien-Energie, sofern gewollt, auch im Alleingang realisierbar. Durch die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus in Wien und durch einen Gebührenstopp in den rund 220.000 Gemeindewohnungen könnte vielen sozial Schwachen geholfen und sogar Druck auf den privaten Wohnungsmarkt erzeugt werden, der nicht ohne Folgen für den gesamten Wohnungsmarkt bleiben würde. Durch die Rücknahme des „Valorisierungsgesetzes“ und einen Stopp der Gebühren-Erhöhungen bei kommunalen Dienstleistungen könnte ebenfalls sozialpolitisch interveniert werden.

Und zudem, so unsere Meinung, wäre es höchst an der Zeit, dass SPÖ und ÖGB in die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen einsteigen, anstatt dieses strikt abzulehnen.

## **5.) Frauen(leben) als Mehrheit in Wien**

Jedes der bereits aufgeworfenen Politikfelder ist nach den unterschiedlichen Lebensbedingungen, vor allem auch den Geschlechterverhältnissen zu unterscheiden. Konsequenzen aus den Ausgliederungen und Privatisierungen kommunaler Dienstleistungen, wie Reduzierung des Leistungsangebotes und Erhöhung von Gebühren und Tarifen z.B. wirken sich qualitativ anders auf das Leben von Frauen aus, weil sie mehrheitlich weniger Einkommen haben, den Großteil der unbezahlten Familienarbeit erbringen, in höherem Ausmaß auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, auch wenn sie das „Familienauto“ mitfinanzieren.

Wien wäre anders, wenn auf allen Ebenen gendgerechte Budgets umgesetzt würden.

Die Zahl jener, die unter oder an der Armutsgrenze leben müssen, wächst drastisch an. Mehrheitlich betroffen davon sind Frauen, Alleinerzieherinnen aber auch jene in Mehr-als-ein-Kind-Familien.

Wien wäre anders - wenn es ein Sozialhilfegesetz mit Rechtsanspruch umsetzen würde. Zwar hat Wien die Kosten für den Schwangerschaftsabbruch in den Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes vereinheitlicht, aber nur 3 öffentliche Spitäler des KAV (SMZ Süd, Rudolfstiftung inkl. Standort Semmelweis-Klinik, Krankenhaus Hietzing) führen Schwangerschaftsabbrüche durch. Und selbst diese Spitäler verlangen von abtreibungswilligen Frauen eine Beratungsbescheinigung einer Familienberatungsstelle als Vorbedingung für den Eingriff.

Wien wäre anders - wenn alle öffentlichen Spitäler mit gynäkologischen Abteilungen Schwangerschaftsabbrüche kostenlos durchführen würden.

Die radikalen Abtreibungsgegner sind besonders in Wien vor den Schwangerschaftsambulatorien aktiv.

Wien wäre anders – wenn Schutzzonen um die Kliniken errichtet wären.

Es gibt ein Netz von mädchen- und frauenspezifischen sowie Migrantinnen- Projekten und Initiativen, die zum Großteil noch jährlich um ihre Finanzierung raufen müssen und die zum Teil wiederum nur durch Gratis- oder gering bezahlte Frauenarbeit überleben können. Wien wäre anders - wenn mehr Mittel dafür zur Verfügung gestellt, Dreijahresverträge abgeschlossen und regelmäßig runde Tische mit allen durchgeführt würden, um Problemstellungen gemeinsam zu beraten.

Wien wäre anders - wenn es in allen Bezirksämtern eine Kontaktstelle für Frauen gäbe, die Hilfestellung und Beratung anbieten.

In Aspern wird eine neue „Stadt“ in der Stadt geplant. Wien wäre anders, wenn die Einrichtung eines eigenen Hauses für Frauen, in der vielfältigste Beratung und Begegnung von Frauen stattfinden kann, ein zentraler Bestandteil dieser Planung wäre.

## **5.) Der Jugend ihr Recht**

Selbstbestimmtes Leben, insbesondere von jungen Menschen, braucht Freiräume. Für uns bedeutet das: Öffentliche Räume schaffen, die frei sind von Konsumzwang, Überwachung und Kontrolle. Die Gestaltung der Stadt darf sich nicht an der kapitalistischen Verwertungslogik ausrichten. Gefordert sind Platz und Mittel für alternative Jugendkulturen. Zudem fordern wir natürlich mehr Mitbestimmungsrechte in Schule, Betrieb und Universität und den Schutz und Ausbau bestehender Rechte.

Selbstbestimmtes Leben braucht Wissen und Zugang zu Bildung. Das Bildungssystem in Österreich selektiert bereits nach den ersten 4 Schuljahren. Die Trennung zwischen Kooperativer Mittelschule und Gymnasium führt viel zu früh zu einer sozialen Aufspaltung der SchülerInnen. So besuchen 71% der Kinder in Armut die kooperativer Mittelschule (Hauptschule) und nur 29% das Gymnasium. Insgesamt heißt das: Die Bildungschancen der Kinder hängen vom Status ihrer Eltern ab. Deshalb sind umfassende Investitionen in die Schulen und eine einheitliche Gesamtschule aller 6 bis 16 Jährigen unabdingbar!

Auch in Wien herrscht Lehrstellenmangel, der sich im Zug der kapitalistischen Krise verschärft. Ende Oktober waren in Wien 340 Lehrplätze verfügbar - 1.670 Jugendliche suchten per Ende Oktober einen Ausbildungsplatz. Dem Problem ist mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie Ausbildungsverpflichtung für Betriebe verstärkt entgegenzutreten. Soziale Sicherheit für Lehrlinge heißt auch Gewissheit, die Lehre im Betrieb beenden zu können. Kündigungsschutz und Lehrlingsfreifahrt sind unverzichtbar!

Hochwertige Bildung muss für alle zur Verfügung stehen und kostenlos sein. Das reicht von der Abschaffung von Selbstbehalten (wie für Schulbücher und „Freifahrt“) bis zur vollständigen Abschaffung von Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren auf den Universitäten. Selbstbestimmtes Leben der eigenen Sexualität erfordert Respekt und Verantwortung. Dazu ist es wichtig, Zugang zu umfassenden und unvoreingenommen Informationen über Verhütung, Körper und Sexualität zu erhalten. Deshalb fordert die KPÖ einen neuen Sexualekundeunterricht mit externen TrainerInnen und Gratis-Verhütungsmittel in Schulen.

Perspektivenlosigkeit, Konkurrenz, Ellenbogenmentalität und Leistungsdruck nimmt gerade für Jugendliche in sämtlichen Lebensbereichen überhand. Gerade das ist der Nährboden für autoritäres Verhalten, rassistisches Gedankengut, Sexismus und Machismus. Begleitet wird dies von einem Zuspruch für rechtsextreme Parteien. Wir setzen den rechtsextremen Tendenzen konkrete Vorstellungen vom schönen Leben und angriffigen Antifaschismus entgegen. In diesem Sinn will die KPÖ Bündnispartnerin für alle, und insbesondere jugendliche AntifaschistInnen sein.

## **6.) Leistbares und zeitgemäßes Wohnen – ein Menschenrecht!**

Mit der Wohnrechtsreform 1994 wurde durch die SPÖ/ÖVP-Regierung der Richtwertmietzins anstelle der Kategoriemietzinse eingeführt. Ein enormes Ansteigen der Mieten war die Folge. Auch Wiener Wohnen hat in den 220.000 Wiener Gemeindebauten dieses neue Mietzinsmodell eingeführt. Das stetige Ansteigen der Mieten wird aber auch durch die Indexanpassungen verursacht. Daher verlangt die KPÖ Wien die Rückkehr zum Modell der Kategorie-Mietzinse – auch weil dieses für MieterInnen durchschaubarer ist – sowie einen Stopp weiterer Mietzinserhöhungen für die nächsten fünf Jahre. Darüber hinaus verlangen wir die Entkoppelung der Mietzinse vom Preisindex, um weiterer Preistreiberei Einhalt zu gebieten und die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinde Wien, weil zur Zeit laut seriösen Berechnungen jährlich rund 3.500 zusätzliche Wohnungen gebaut werden müssten.

Seit 1994 sind auch generelle Befristungen von Mietverträgen erlaubt. Zwei Drittel aller Wohnungen werden daher nur mehr befristet angeboten, ein erhebliches Stück Rechtssicherheit ging damit für die

MieterInnen verloren. Denn für die Vermieterseite ist das das zentrale Instrument der Einschüchterung, der Entmündigung und der Durchsetzung von Willkür. Die Forderung eines Befristungs-Verbotes von Mietverträgen – mit Ausnahme eines begründeten Eigenbedarfs – steht daher neben jener um Mietzinshöhe im Zentrum der Auseinandersetzung um leistbares und sicheres Wohnen.

Das Mietrechtsgesetz ist kompliziert, von Nicht-JuristInnen nur schwer durchschaubar und voll von Ausnahmebestimmungen. Für MieterInnen, die ihre Rechte verteidigen oder einklagen wollen, ein schwieriges Unterfangen und vor allem mit großen finanziellen Risiken verbunden. Daher verlangt die KPÖ-Wien ein kostenfreies und erweitertes mietrechtliches Außerstreitverfahren.

Aber vor allem verlangt ein soziales Mietrecht die Einbindung aller zur Vermietung angebotener Wohnungen, egal wer sie anbietet und in welchem Jahr sie entstanden sind.

### **Wahlen und Mandate sind für uns kein Selbstzweck**

Es ist gut und wichtig, wenn die KPÖ bei Wahlen erfolgreich ist, doch die KPÖ ist – wie wir ja schon oft festgehalten haben - kein „Verein“ zur Organisierung von Wahlen. Wahlen und Mandate sind für uns kein Selbstzweck .

Die KPÖ ist Partei der theoretischen Auseinandersetzung mit ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. In der KPÖ wird marxistisches Grundwissen und linkes Politikverständnis bewahrt, welches nützliches Werkzeug in alltäglichen Kämpfen sein kann – in diesem Sinne wollen wir auch in der kommenden Periode an der Stärkung der KPÖ in Wien arbeiten.

Die KPÖ ist Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität; die KPÖ ist aber vor allem Partei der konsequenten Kritik am kapitalistischen System, wozu auch die Verteidigung der Werte der Demokratie, des Feminismus und der Ökologie gehören.

### **Die Wirtschaftskrise – waren nur gierige Finanzmanager schuld?**

Das Platzen der US-Immobilienblase und die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hatten den weltweiten Crash der Finanzmärkte und die nachfolgende globale Wirtschaftskrise zur Folge.

Nicht die mangelnden Kontrollmechanismen an den Finanzmärkten, nicht skrupellose, gierige Finanzmanager – wie von SPÖ- und ÖGB-Spitzenfunktionären behauptet - waren aber Schuld an der Misere. Die Misere hat ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise, deren zentrales Moment die private Aneignung gesellschaftlich geschaffener Werte ist.

Schon Karl Marx kommentierte: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Die Profitgier, die untrennbarer Bestandteil der kapitalistischen Verwertungslogik ist, führt – auch unter „normalen Bedingungen“ - tagtäglich und in Permanenz zwangsläufig zur Anhäufung unglaublicher Reichtümer bei einigen wenigen, während zugleich Armut für viele Menschen die Kehrseite der Medaille ist.

1998 gab es nach einer US-Studie weltweit 6 Millionen Menschen mit einem Privatvermögen von mehr als 1 Million Dollar. 2007 gab es weltweit bereits 10,1 Millionen Dollar-Millionäre. Rund 100.000 Ultra-Reiche, so war der Studie ebenfalls zu entnehmen, besitzen 30 Millionen Dollar und mehr.

Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung von hunderten Millionen Menschen sind nicht erst seit Beginn der Finanzkrise Realität. Selbst im Jahr 2006 starb alle 5 Sekunden ein Kind an mangelhafter Ernährung, täglich verhungerten 24.000 Menschen. 842 Millionen Menschen - d.h. rund 12 % der gesamten Weltbevölkerung – hungerten im Jahr 2006.

Tagtäglich schreitet die Umweltzerstörung, die der ganz profane Kapitalismus produziert, voran, womit die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen untergraben werden. Nur wer all dies ignoriert kann zur Ansicht gelangen, dass der wirtschaftliche und politische Istzustand irgendetwas mit dem gemeinsam hat, was als Humanismus bezeichnet wird.

### **Die Krise und deren Folgen - Interventionsmöglichkeiten und Grenzen**

Linke Parteien in Europa kämpfen, von Ausnahmen abgesehen, mit großen Problemen – nicht erst seit gestern. Linke Parteien haben es – trotz bzw. aufgrund der Wirtschaftskrise - schwer in wirtschaftliche und soziale Kämpfe erfolgreich zu intervenieren.

Obwohl sich unsere Kapitalismuskritik bestätigt hat, führt dies nicht zu massenhaften Protest und Widerstand. Der Zulauf zur KPÖ und das Ergebnis der letzten NR- und EU-Wahl sind - angesichts der Möglichkeiten und der politischen Erfordernisse - nicht berauschend.

Wie es aussieht wird es den Herrschenden einmal mehr gelingen mit kosmetischen Reformen „ihrem Problem“ Herr zu werden.

Alles deutet darauf hin, dass ein Großteil der Krisenkosten auf die Masse der Bevölkerung abgeladen wird, während die Reichen und Superreichen ungeschoren davonkommen werden. Dies kritisieren wir, weil damit die sozialen Missstände sich verschärfen werden. Zugleich wird sich durch solche „kosmetische Reformen“ nichts an den grundlegenden Ausbeutungsbedingungen – EU-weit und international – ändern, womit die „Grundlagen“ für weitere Krisen gelegt sind.

Kernpunkt unserer sozial- und wirtschaftspolitischen Vorschläge ist, die Umverteilung von Ressourcen und Chancen zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen.

Daher fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, Lohnerhöhungen über der Inflationsrate unter Berücksichtigung des Produktivitätszuwachses, Konjunkturpakete im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Daher treten wir für den Rückkauf von kommunalen und staatlichem Eigentum ein, daher stehen wir für die Verteidigung und der Ausbau kommunalen und staatlichen Eigentums. Wir fordern das Ende des Privatpensions-Unwesens, welches Sicherheit im Alter über den Kapitalmarkt realisieren will, was der Quadratur des Kreise entspricht. Wir treten für den Erhalt und den Ausbau des Umlagesystems, welches effizient und sicher ist, ein.

Ein von Grund auf erneuertes internationales Finanzsystem ist – so unsere Meinung - eine Notwendigkeit: Rigide Kapitalverkehrskontrollen, die Schließung der Steuer-Oasen, Einführung einer Tobin-Tax, das Verbot von Hedge-Fonds und komplizierten Derivatgeschäften, das Verbot der Börsenspekulation mit Energie, Lebensmitteln, Wasserversorgung und anderen Gütern muss durchgesetzt werden. Ja selbst das Zusperrn aller Börsen und die nachhaltige Vergesellschaftung des gesamten Finanzsektors ist zu debattieren.

Es gilt die Profitlogik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so weit wie möglich zurück zu drängen.

### **Für Veränderungen kämpfen**

Im tagtäglichen Leben und in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gibt es immer zumindest zwei theoretische und praktische Handlungsmöglichkeiten, aus welchen ausgewählt werden kann. Die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir leben, arbeiten und Politik machen, können wir nicht

beliebig und willkürlich verändern. Aber wir können innerhalb der vorgefundenen Umstände tätig werden und die vorgefundenen Umstände verändern.

Wir kämpfen für kleine und große Veränderungen. Zugleich sind wir der Überzeugung, dass es notwendig ist, Mechanismen und Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft zu analysieren und zu kritisieren. Tatsache ist, dass die herrschenden Kräfte sich gegenwärtig selbst gegen kleine Reformvorschläge verwehren, wenn sie auf eine Umverteilung von Oben nach Unten hinauslaufen. Tatsache ist auch, dass die Veränderung des Status Quo ein langer Prozeß von kleinen und großen Veränderungen sein wird. Es geht uns um die Umverteilung von Reichtum, Einkommen, Arbeit und frei verfügbarer Zeit sowie von Zugang zu Wissen – auch zwischen den Geschlechtern.

Unsere Partei, die KPÖ, ist für uns kein Selbstzweck. Unsere Partei ist für uns Instrument im Kampf für soziale Gerechtigkeit, Instrument im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung und für eine Welt ohne Ausbeutung des Menschen und der Natur. Wir kämpfen für die Stärkung der KPÖ, da dies ein wichtiger Beitrag zur Änderung der politischen Rahmenbedingungen in Österreich wäre.

Eine Verankerung in vielen Bezirksvertretungen und mittelfristig im Gemeinderat wäre ein wichtiger Schritt vorwärts. Zugleich ist und bleibt die KPÖ Partei der außerparlamentarischen Aktion. Wahlpolitik und Mandate stellen keinen Selbstzweck dar, denn KommunistInnen setzen in ihrer politischen Strategie in erster Linie auf die Mobilisierung, Aktivierung und Selbstermächtigung der Menschen. Parlamentarische Demokratie und institutionelle Politik sind ein wichtiges Feld der politischen Auseinandersetzung und Tribüne für die Anliegen außerparlamentarischer Bewegungen, aber es gibt auch ein Leben außerhalb von Bezirks- und Gemeinderat.

Wir sind in der KPÖ, weil diese Partei entsteht, wofür wir als Individuen eintreten. Im Statut heißt es: „Die KPÖ ist eine gesamtösterreichische, demokratische, feministische, internationalistische, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Partei in der Tradition der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung. (...) Die KPÖ verbindet in ihrer Tätigkeit radikaldemokratische Reformpolitik für sozialen Fortschritt mit einer revolutionären, die bestehende kapitalistische Gesellschaft überwindenden Perspektive. Sie strebt einen Sozialismus demokratischen Charakters mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den sorgsamsten Umgang mit der Natur, die Beseitigung patriarchaler Strukturen und die freie Entwicklung aller Menschen an.“

Indem wir hier und jetzt unseren Beitrag dazu leisten, dass in Österreich und in Europa das Wissen um die Möglichkeit einer Gesellschaft auf anderer ökonomischer Grundlage nicht verloren geht, und in dem wir hier und jetzt für unsere Ideen aktiv sind, leisten wir gegenwärtig, was gegenwärtig notwendig, möglich und machbar ist.